



# **Finanzierung von Aufenthalten in St.Galler Einrichtungen für Menschen mit Behinderung**

## **Teil A: Finanzierungsgrundlagen**

29. Mai 2019

# Ausgangslage

2008-2010	2011-2012	2013	2014	2015	2016	2017
NFA / dreijähriger Übergang	<p><b>Pauschalfinanzierung</b> auf Basis von Verträgen, löst bisherige Defizitfinanzierung ab. Ausarbeitung neues Gesetzes für Menschen mit Behinderung (Vollzug seit 2013).</p>					
	<p>Schrittweise Einführung <b>leistungsabhängiger</b> Pauschalen (Modell SODK Ost+ZH; individueller Betreuungsbedarf IBB)</p>					
					<p>Erste <b>Höchstansätze</b> zu Betreuungskosten Wohnen und Tagesstätten</p>	
						<p>Restliche Höchstans. Objekt- und Betreuungskosten</p>



## Teil A: **Finanzierungsgrundlagen**

Vormittag

- 1. Finanzierungsvoraussetzungen:** rechtliche Grundlagen, Betriebsbewilligung, Anerkennung, Gewährleistungspflicht, Leistungsvereinbarung
- 2. Regelungsgrundsätze:** Leistungsdefinitionen, Pauschalierung, Schwankungsfonds, Kostenübernahmegarantien (KÜG), Kostenträger
- 3. Individueller Betreuungsbedarf:** Betreuungs- und Objektkosten, Stufung IBB0 bis IBB4, Hilflosenentschädigung
- 4. Leistungsabgeltung:** Monatspauschale, Normauslastung, Maximalauslastung, Pensionstaxe, Berechnungsgrundlagen, Höchstansätze
- 5. Jahresgespräche:** Inhalte
- 6. Mehrjahresplanung und Investitionen:** Mehrjahresplanung, Darlehen / Bürgschaften, Abschreibungen, Investitionszuschläge



## Rechtliche Grundlagen

- Bundesgesetz über die Institutionen zur Förderung der Eingliederung von invaliden Personen (**IFEG**)
- kantonales Gesetz über die soziale Sicherung und Integration von Menschen mit Behinderung (**BehG**)
- Verordnung zum BehG (**BehV**)
- Sozialhilfegesetz (**SHG**)
- Regierungsbeschluss über die **Höchstansätze** für Leistungen in anerkannten Einrichtungen für Menschen mit Behinderung
- **kantonale Richtlinien**: • Rechnungslegung und Kostenrechnung • Einstufung des individuellen Betreuungsbedarfs • Anrechenbarkeit von Gehaltsansätzen • Darlehens- und Bürgschaftsgewährung • Basisqualität • Infrastruktur
- Interkantonale Vereinbarung für soziale Einrichtungen **IVSE**
- Verordnung zur Interkantonalen Vereinbarung für soziale Einrichtungen IVSE (**V-IVSE**)
- **Richtlinien, Empfehlungen, Interpretationshilfen IVSE**: z.B. • Richtlinien zur Leistungsabgeltung und zur Kostenrechnung (LAKORE) • Rahmenrichtlinie zu den Qualitätsanforderungen



## Betriebsbewilligung

- Der Staat hat gegenüber Menschen mit Behinderung eine besondere **Schutzpflicht**. Zur Sicherung der Schutzpflicht ist eine staatliche Betriebsbewilligung und Aufsicht dort notwendig, wo Menschen mit Behinderung auf **institutionelle Betreuung und Pflege** angewiesen sind (Abhängigkeitsverhältnis).
  - Dabei steht der **Schutz der Persönlichkeit und Unversehrtheit** im Vordergrund. Dies ist in vielen Tätigkeitsbereichen von Einrichtungen von Belang. Es erfordert beispielsweise einen Schutz der Intimsphäre in kollektiven Wohnformen durch infrastrukturelle Vorkehrungen, Konzepte zur Prävention sexueller Übergriffe, Konzepte zum Umgang mit freiheitsbeschränkenden Massnahmen, oder Sicherstellung der fachlichen und persönlichen Eignung von Mitarbeitenden.
  - **Bewilligungspflichtig sind Einrichtungen ab drei betreuten Personen** (Art. 8 BehG). Die Betriebsbewilligung ist Grundlage für die staatliche Aufsicht (Überprüfung der Bewilligungsvoraussetzungen).
  - **Voraussetzungen für Betriebsbewilligung** (Art. 9 BehG):
    - Leitbild
    - konzeptionelle Grundlagen zu Leistungen, Führung und Organisation
    - fachlich ausgewiesene Leitung und Personal
    - Zahl der Mitarbeitenden entspricht den Betreuungsanforderungen
    - Bauten und Ausstattung zweckmässig
    - Betrieb ist wirtschaftlich gesichert
    - interne Aufsicht sichergestellt
- ↳ **Die Betriebsbewilligung berechtigt zum Betrieb eines Angebotes.**  
(Der Erhalt kantonaler Betriebsbeiträge erfordert jedoch zusätzlich die Anerkennung.)

## Anerkennung

- Der Kanton St.Gallen hat eine Systematik für die **Regelung und Überprüfung auf drei Ebenen** erarbeitet und stützt sich dabei auf gesetzliche Vorgaben (IFEG, IVSE) und Empfehlungen der SODK Ost+ZH:
  - **Betriebsbewilligung** (Schutz der Personen durch Sicherung der Basisqualität)
  - **Anerkennung**
  - **Leistungsvereinbarung**
- Durch eine Bedarfsermittlung und **Angebotsplanung** wird festgestellt, welche Leistungen für ein bedarfsgerechtes Angebot nach IFEG zur Verfügung stehen müssen (Gewährleistungspflicht des Kantons). Bei erwiesenem Bedarf und Erfüllung der weiteren Voraussetzungen erhalten die bewilligten Einrichtungen eine (Finanzierungs-) Anerkennung durch den Kanton.
- Mit der Anerkennung nach IFEG werden die Einrichtungen für Menschen mit Behinderung im Kanton St.Gallen **der IVSE unterstellt** (vgl. Art. 2 Abs. 1 Bereich B IVSE) .
  - ↳ **Mit der Anerkennung sind die Grundsätze für die interkantonale Nutzung der Angebote und die interkantonale Verrechnung der Leistungen geregelt.**

## Leistungsvereinbarungen

- Zur Sicherstellung des Leistungsangebotes gemäss ermitteltem Bedarf und kantonaler Angebotsplanung schliesst der Kanton mit anerkannten Einrichtungen **befristete** Leistungsvereinbarungen ab (Art. 16 BehG).
- **Inhalt der Leistungsvereinbarungen:**
  - Grundlagen
  - Leistungen
  - Finanzierung der Leistungen (Leistungsabgeltung, Pensionstaxe)
  - Überprüfungsmodus (Controlling)
  - Beilage: Berechnungsgrundlagen (Berechnungsblätter)
- Kommt keine Vereinbarung zustande, erlässt der Kanton eine Verfügung (Art. 16 BehG).

## Leistungsdefinitionen

➤ Die Bestimmungen im BehG und in der BehV stützen sich im Wesentlichen auf die Vorgaben der IVSE und insbesondere auf das von der Konferenz der Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren der Ostschweizer Kantone (SODK Ost) und dem Kanton Zürich (SODK Ost+ZH) entwickelte Finanzierungsmodell. Es werden folgende Leistungsbereiche unterschieden:

- **Stationäres Wohnen**

Betreute kollektive Wohnformen für Menschen mit Behinderung. Gemäss Art. 20 BehV müssen einzelne Wohneinheiten mit wenigstens drei Plätzen eine räumliche Einheit bilden. Die Verantwortung für Infrastruktur und Betreuung muss bei der Einrichtung liegen. Befristet sind im Kanton St.Gallen auch Integrationswohnplätze möglich. Nicht in den Bereich des stationären Wohnens fallen ambulante Angebote wie z. B. begleitetes Wohnen gemäss Art. 74 IVG.

- **Tagesstruktur ohne Lohn** (TSoL, Beschäftigungsstätten, Tagesstätten)

Sie bieten Menschen mit schwerer Behinderung bzw. psychischer Behinderung (Tagesstätten) eine ihnen angepasste Tagesstruktur mit Angeboten im Bereich einfacher und einfachster Arbeiten sowie Ausgleichstätigkeiten (z.B. kreative Tätigkeiten oder üben von Alltagstätigkeiten im hauswirtschaftlichen Bereich sowie musische und bewegungs-fördernde Aktivitäten) sowie Gemeinschaft pflegen und Freizeitaktivitäten.

- **Tagesstruktur mit Lohn** (TSmL, Werkstätten oder andere betreute Arbeitsformen)

Dies sind Produktionsbetriebe gewerblicher und industrieller Art sowie Dienstleistungsbetriebe, die wie Betriebe in der Privatwirtschaft ertragsorientiert sind, wenn auch teilweise in bescheidenerem Umfang. Übertritte in die freie Wirtschaft werden gefördert. Die Arbeitsleistung in Werkstätten wird entlohnt. (→ neu auch Integrationsarbeitsplätze).



## Pauschalierung

- Gemäss Art. 23 IVSE kann die Leistungsabgeltung nach **Methode D** (Defizitdeckung) oder nach **Methode P** (Pauschalen) erfolgen.
- Der Kanton St.Gallen wendete bis Ende 2010 die Methode D an (Festlegung einer provisorischen Leistungsabgeltung auf der Basis eines genehmigten Budgets und Berechnung der definitiven Leistungsabgeltung auf der Basis der geprüften Jahresrechnung und Übernahme eines allfälligen Defizits).
- **Seit 2011 finanziert der Kanton St.Gallen die Leistungen der St.Galler Einrichtungen grundsätzlich auf der Basis der Methode P (Art. 18 BehG).** Die Berechnung der Staatsbeiträge stützt sich dabei auf die bei den St.Galler Einrichtungen anfallenden Nettokosten zur Leistungserbringung und auf anrechenbare Erträge.  
= **anrechenbarer Nettoaufwand** . Grundlage für die Leistungsvereinbarung bilden:
  - **Leistungsvereinbarung Vorjahr**
  - **allfällige pauschale Anpassungen** (wie z.B. Teuerung, Personalentwicklung)
  - **Anträge der Einrichtungen** (sind dem Amt für Soziales jährlich bis anfangs August einzureichen)

# 2. Regelungsgrundsätze

(3 / 7)

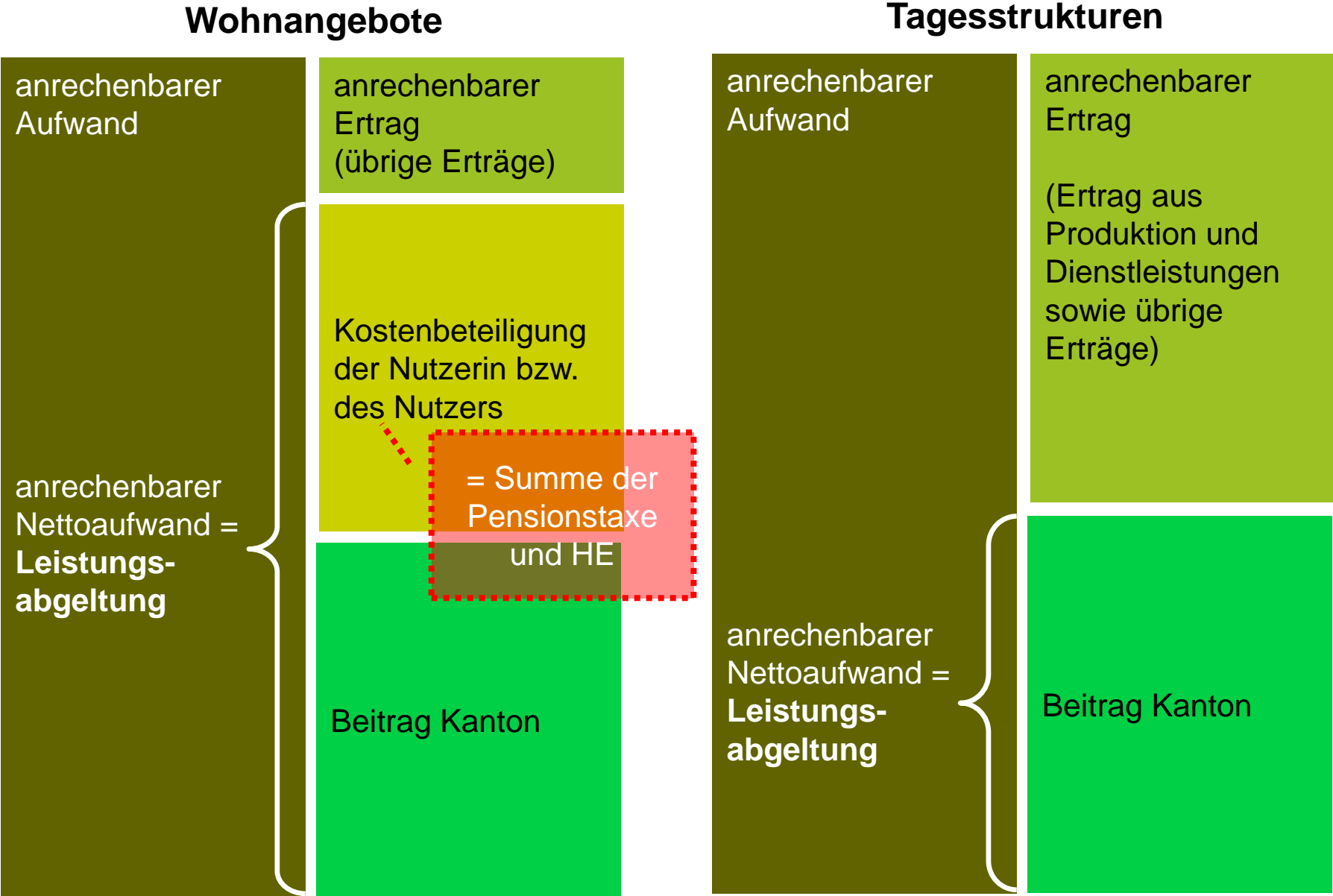
## Pauschalierung

### Berechnungsblatt zur Leistungsvereinbarung 2019 Kanton St.Gallen

Einrichtung: <b>Stiftung XY</b>									Angebot:	Stationäres Wohnen
Konten-Gruppe	Bezeichnung	Rechnung 2014	Rechnung 2015	LV 2016	Rechnung 2016	LV 2017	LV 2018	Veränderung 2017 / 2018		
3	Personalaufwand	4'200'000	4'120'000	4'380'000	4'390'000	4'400'000	4'450'200	1.1%		
4	Sachaufwand	650'000	710'000	690'000	715'000	700'000	729'200	4.2%		
5	Umlagen	1'100'000	1'350'000	1'150'000	995'000	1'055'000	1'002'400	-5.0%		
	Taxermässigung Abwesenheit (Fr. 20.-- je Tag)			84'400		83'400	84'400	1.2%		
<b>Total</b>	<b>Aufwand</b>	<b>5'950'000</b>	<b>6'180'000</b>	<b>6'304'400</b>	<b>6'100'000</b>	<b>6'238'400</b>	<b>6'266'200</b>	<b>0.4%</b>		
6	Anrechenbare Erträge	120'000	125'000	122'000	123'000	126'700	124'000	-2.1%		
	<b>Anrechenbarer Nettoaufwand</b>	<b>5'830'000</b>	<b>6'055'000</b>	<b>6'182'400</b>	<b>5'977'000</b>	<b>6'111'700</b>	<b>6'142'200</b>	<b>0.5%</b>		
	Plätze	60	60	60	60	60	62			
	Tage je Jahr	360	360	360	360	360	360			
	100 %-Auslastung	21'600	21'600	21'600	21'600	21'600	22'320			
	Total Tage abgerechnet / Normauslastung bei LV	21'220	21'516	21'100	21'685	21'168	21'874			
	<b>Auslastung</b>	<b>98.2%</b>	<b>99.6%</b>	<b>98%</b>	<b>100.4%</b>	<b>98%</b>	<b>98%</b>			
	Abwesenheit (Prozent / Tage)	20.00%	19.90%	20.00%	19.30%	19.70%	19.30%			
	∅ Pauschale je Tag	274.74	281.42	293.00	275.63	288.72	280.80	-2.7%		
	<b>Pensionstaxe</b>	<b>149.00</b>	<b>149.00</b>	<b>150.00</b>	<b>150.00</b>	<b>150.00</b>	<b>150.00</b>			
	ausserordentliche Pensionstaxe für Personen mit IBB0									
	HE (Annahme)	5.80	6.00	6.00	6.80	6.70	6.80			
	∅ Betriebsbeitrag Kanton je Tag	119.94	126.42	137.00	118.83	132.02	124.00			
	<b>Betriebsbeitrag bei Normauslastung, bzw. definitiv</b>	<b>5'830'000</b>	<b>6'055'000</b>	<b>6'182'400</b>	<b>5'977'000</b>	<b>6'111'700</b>	<b>6'142'200</b>	<b>0.5%</b>		
	(LV: bei unveränderter Verteilung der IBB-Einstufung)									
	<b>Maximaler Betriebsbeitrag (i.d.R. 100 %-Auslastung)</b>			<b>6'328'800</b>		<b>6'338'520.00</b>	<b>6'267'600</b>	<b>-1.1%</b>		
	(LV: bei unveränderter Verteilung der IBB-Einstufung)									
								Frankenbeträge gerundet auf 100	Pauschalen gerundet auf ganze Franken	
<b>Anpassungen anrechenbarer Nettoaufwand</b>										
<b>- Kürzungen aufgrund von Höchstansätzen</b>										
						Personalaufwand Fr.	-			
						Sachaufwand Fr.	-			
<b>- Veränderungen aufgrund von Anträgen</b>										
	Platzveränderung		2			Personalaufwand Fr.	25'000			
						Sachaufwand Fr.	10'000			
						Erträge Fr.	-			
<b>- Entwicklung Personalaufwand / Teuerungsanpassungen</b>										
		0.8%				Personalaufwand Fr.	35'200			
		0.6%				Sachaufwand Fr.	4'200			
		0.7%				Umlagen Fr.	7'400			
		0.8%				Erträge Fr.	1'000			
<b>Berechnung der abgestuften Pauschalen 2018</b>										
<b>Aufteilung gem. Kostenrechnung: 1)</b>										
	Betreuungskosten	63%							4'010'000	
	Objektkosten	37%							2'394'600	
	<b>TOTAL Kosten</b>								<b>6'404'600</b>	
	Anrechenbare Erlöse								127'700	
	<b>Anrechenbare Nettokosten</b>								<b>6'276'900</b>	
	IBB Punkte total (Mengengerüst) 2)								1'305'000	
	<b>Betreuungskosten je Punkt</b>								<b>3.07</b>	
	Anzahl Arbeitstage bei Normauslastung								21'874	
	<b>Objektkosten ./ Erlöse je Tag</b>								<b>103.64</b>	
	<b>abgestufte Betreuungskosten</b>								CHF je Tag	
	IBB 0 Betreuung	15 Punkte							46.09	
	IBB 1 Betreuung	30 Punkte							92.18	
	IBB 2 Betreuung	50 Punkte							153.64	
	IBB 3 Betreuung	70 Punkte							215.10	
	IBB 4 Betreuung	85 Punkte							261.19	
	<b>abgestufte Pauschale</b>								CHF je Tag	
	IBB 0 Betreuung und Objektkosten								150.00	
	IBB 1 Betreuung und Objektkosten								196.00	
	IBB 2 Betreuung und Objektkosten								257.00	
	IBB 3 Betreuung und Objektkosten								319.00	
	IBB 4 Betreuung und Objektkosten								365.00	
	<b>Durchschnittspunktzahl je Tag</b>								<b>59.66</b>	
Datum: 17. August 2018										
<input checked="" type="checkbox"/> Entwurf										
<input type="checkbox"/> Definitiv										

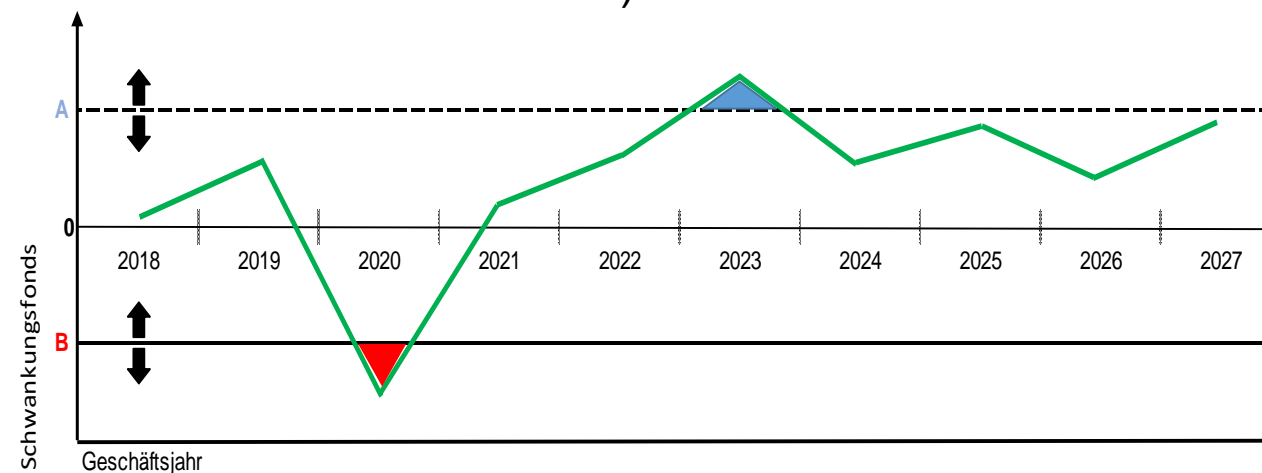


## Pauschalierung – Aufwand und Ertrag - Kostenträger



## Schwankungsfonds

- Gemäss Art. 21 BehG sind Gewinne oder Verluste (z.B. Schwankungen bei Auslastung, bei Kosten / Erträgen) in **Schwankungsfonds** auszuweisen. Gemäss Art. 35ff BehV erfolgt der Ausweis **getrennt nach Leistungsbereichen**.
- Zuweisung und Belastung der Schwankungsfonds werden durch **Schwellenwerte** bestimmt (Wohnen: 10% des anrechenbaren Nettoaufwandes, TSoL / TSML: Höhe des Deckungsbeitrages, jedoch mind. 30% des anrechenbaren Nettoaufwandes)



- Bei Erreichen des **oberen Schwellenwertes** (A) müssen 50% des Überschusses dem Kanton zurückerstattet werden, die restlichen 50% sind dem Schwankungsfonds zuzuweisen.
- Bei Erreichen des **unteren Wertes** (B) sind restliche Defizite durch frei erwirtschaftete Mittel oder in Absprache mit dem Amt für Soziales durch Überschüsse anderer Leistungsbereiche auszugleichen.
- Gemäss Art. 38 BehV können **Mittel über dem oberen Schwellenwert** für Aufwendungen der stationären Wohnangebote und Tagesstrukturen mit Zustimmung des AfSO abgeschöpft werden.

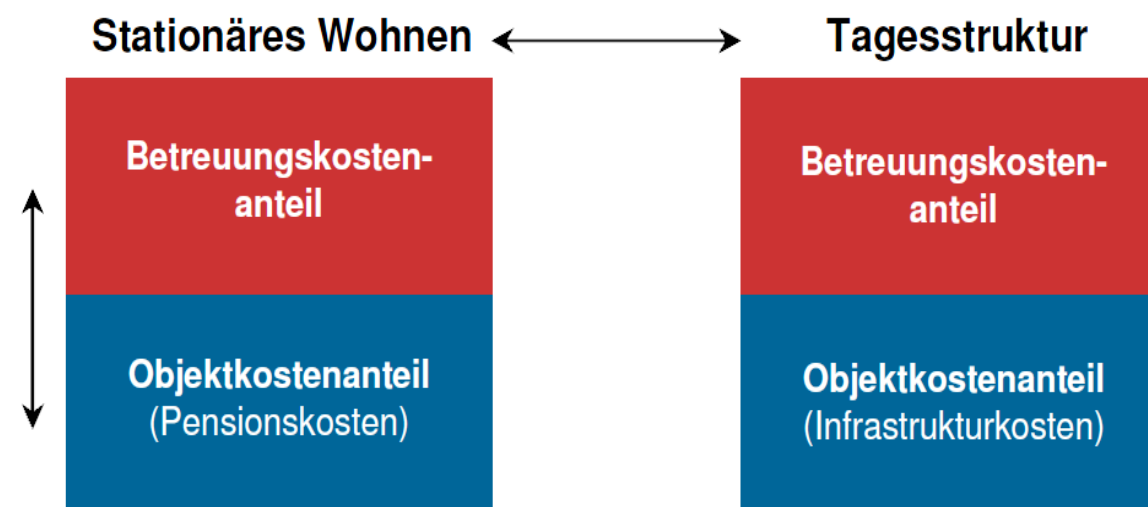
### Kostenübernahmegarantien (KÜG)

- Gemäss Art. 17 BehG sind die Bestimmungen der IVSE für die Leistungsabgeltung an die St.Galler Einrichtungen sachgemäss anzuwenden. → **subjektorientierte Objektfinanzierung**
- Art. 19 BehG: Der Kanton übernimmt die Leistungsabgeltung für Leistungsnutzende mit Wohnsitz im Kanton St.Gallen
  - a) in kantonale anerkannten Einrichtungen gemäss Leistungsvereinbarung und auf Basis der erteilten **Kostenübernahmegarantien**;
  - b) in den übrigen anerkannten Einrichtungen (ausserkantonale Einrichtungen) auf der Basis der erteilten **Kostenübernahmegarantien**.
- Gemäss Art. 26 IVSE holt die Verbindungsstelle des Standortkantons **vor Eintritt der Person** in eine Einrichtung bei der Verbindungsstelle des Wohnkantons eine Kostenübernahmegarantie ein. → Gestützt auf Art. 41 SHG ist diese **Regelung im Kanton St.Gallen sachgemäss auch innerkantonal** anzuwenden.

→ **KÜG / KÜG-Gesuche: Inhalte, Bedingungen, Ablauf** (s. Folien unter Ziff. 8)

## Betreuungs- und Objektkosten

- Gemäss Art. 18 Abs. 2 BehG sind die **Pauschalen nach Betreuungsbedarf der Leistungsnutzenden** abzustufen.
- Das Verfahren zur Einstufung des individuellen Betreuungsbedarfs ist gestützt auf Art. 44 BehV in den «**Richtlinien zur Einstufung des individuellen Betreuungsbedarfs**» geregelt und stützt sich auf die IBB-Wegleitung der SODK Ost+ZH.
- Die Finanzierung nach Betreuungsbedarf bedingt eine **klare Trennung der Kosten und Erlöse** nach Leistungsbereichen. Zudem sind die jeweiligen Kosten nach den darin enthaltenen Objektkosten und Betreuungskosten abzugrenzen.



## Betreuungs- und Objektkosten



### Leistungsbereich **Wohnen**

- Die **Objektkosten** umfassen insbesondere die Unterkunfts-, Verpflegungs- und Verwaltungskosten. Diese Kosten fallen als Fixkostenblock für alle Leistungsnutzenden gleich an.
- Die **Betreuungskosten** umfassen insbesondere die Lohnkosten aller Mitarbeitenden in der Betreuung (inkl. Sozialleistungen) und sind abhängig vom individuellen Betreuungsbedarf der Leistungsnutzenden.



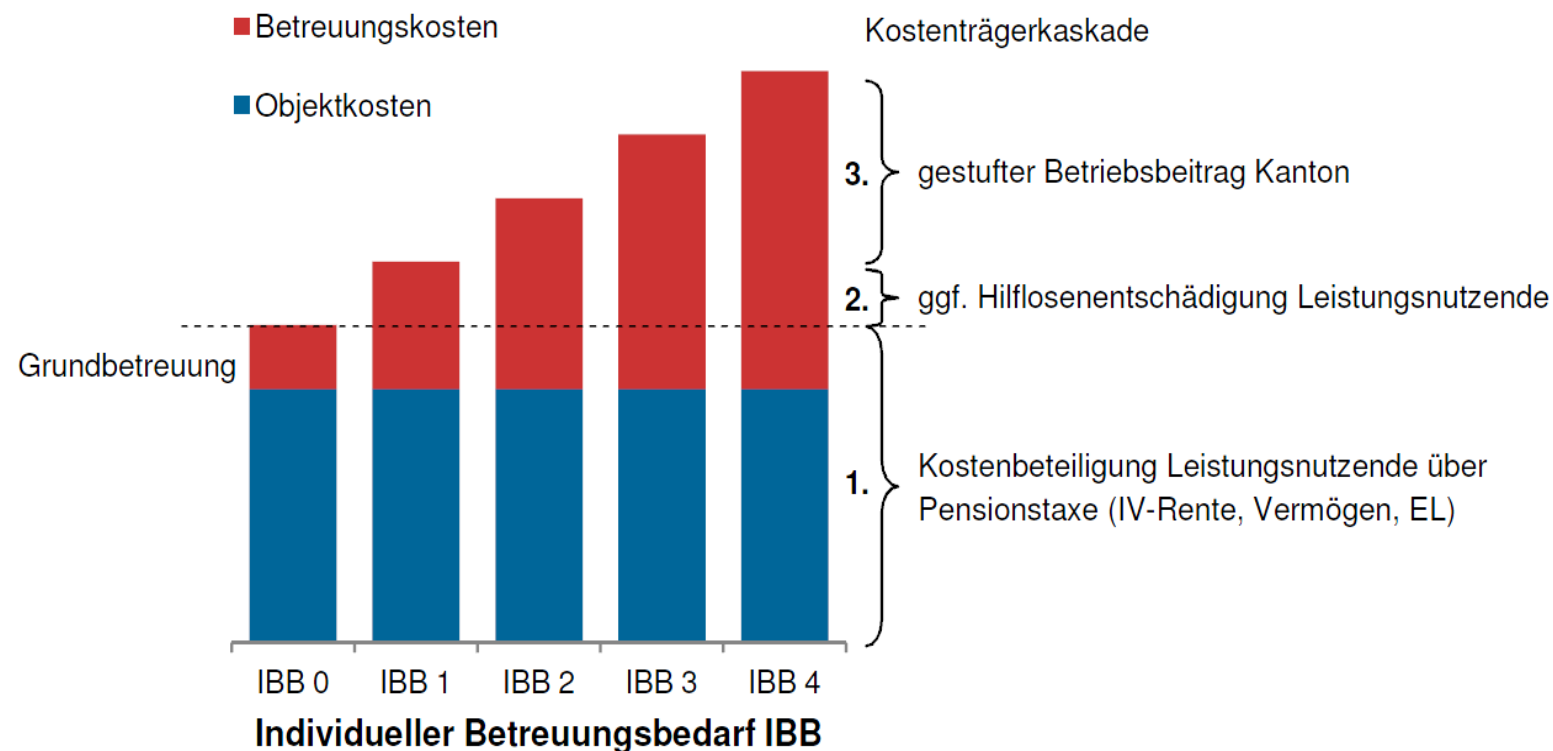
### Leistungsbereiche **Tagesstrukturen** (TSoL, TSmL)

- Die **Objektkosten** umfassen insbesondere die Material-, Infrastruktur- und Verwaltungskosten sowie die Lohnanteile der Mitarbeitenden für deren produktive Tätigkeit (ohne Betreuungsaufgaben).
- Die **Betreuungskosten** umfassen insbesondere die Lohnkosten aller Mitarbeitenden in der Betreuung (inkl. Sozialleistungen) und sind ebenfalls abhängig vom individuellen Betreuungsbedarf der Leistungsnutzenden.





## Stufung IBB0 bis IBB4



- Der individuelle Betreuungsbedarf wird durch das IBB-Einstufungssystem (**Erfassungsbogen** nach Art der Behinderung GB/KB und PB/SB) erhoben, in Punkten quantifiziert und in fünf Stufen gruppiert.
- In die Einstufung des individuellen Betreuungsbedarfs einbezogen ist auch die Einschätzung der **Hilflosigkeit** (HE) durch die Sozialversicherungsanstalt.
- Die Einstufung wird einmal jährlich neu vorgenommen (**Gesamterhebung**, Stichtag 1. April)



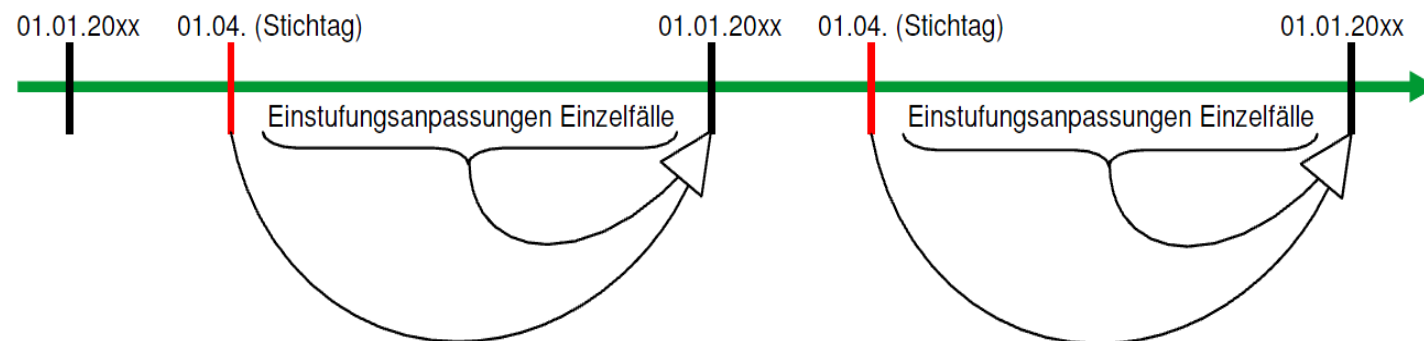
## Einstufungsverfahren

- **Richtlinien zur Einstufung des individuellen Betreuungsbedarfs** vom 7. Juli 2014: rechtliche Vorgaben, Einstufungsverfahren, Überprüfung der Einstufungen.
- Einstufung gemäss **Wegleitung «Der individuelle Betreuungsbedarf (IBB)»**.
- Der Betreuungsbedarf setzt sich zusammen aus der **Einschätzung der Hilflosigkeit (HE)** durch die Sozialversicherungsanstalt und aus der Einstufung gemäss **IBB-Indikatorenraster** durch die Einrichtung (2 verschiedene Raster GB/KB oder PB/SB).
- Der Betreuungsbedarf wird in Punkten quantifiziert und in fünf Stufen gruppiert. Für die Berechnung der **Pauschale basiert auf den durchschnittlichen Punktwerten** der Stufen massgebend (Ausnahme Kanton SG: Leistungsbereich Wohnen Stufe 0 und Stufe 4).

	Wohnen	Ø	Tagesstrukturen	Ø
<b>Stufe 0</b>	0 – 20 Pkt.	15 Pkt.	0 – 12 Pkt.	6 Pkt.
<b>Stufe 1</b>	21 – 40 Pkt.	30 Pkt.	13 – 24 Pkt.	18 Pkt.
<b>Stufe 2</b>	41 – 60 Pkt.	50 Pkt.	25 – 36 Pkt.	30 Pkt.
<b>Stufe 3</b>	61 – 80 Pkt.	70 Pkt.	37 – 48 Pkt.	42 Pkt.
<b>Stufe 4</b>	81 – 100 Pkt.	85 Pkt.	49 – 60 Pkt.	54 Pkt.

## Einstufungsverfahren

- **Gesamterhebung:** Die Einrichtungen erheben den individuellen Betreuungsbedarf einmal jährlich in der Regel per Stichtag 1. April. = Basis für die Leistungsvereinbarung gültig ab 1. Januar des Folgejahres (*Abwicklung siehe Anleitung CONNET Ziff. 3.4, Seite 29 ff*).
- Für **Neueintritte** während des Jahres ist von der Einrichtung vorerst eine **provisorische Einstufung** vorzunehmen. Nach Ablauf von drei Monaten muss die **definitive Einstufung** vorgenommen werden.
- Grundsätzlich sind **keine unterjährigen Einstufungsanpassungen** vorgesehen. In schriftlich begründeten Einzelfällen können beim Amt für Soziales zwischen 2. April und 31. Dezember Einstufungsanpassungen beantragt werden (gültig ab 1. Januar des Folgejahres).



## Überprüfung

- Die der von den Einrichtungen vorgenommenen IBB-Einstufungen erfolgt im Rahmen von **Vergleichen mit Vorjahreseinstufungen** (Entwicklung), Abgleich mit vergleichbaren Einrichtungen und dem **kantonalen Benchmark** sowie aufgrund von stichprobeweisen, in regelmässigen Abständen durchgeführten **Überprüfungen vor Ort** (z.Zt. Büro Schiess).
- IBB-Einstufungen müssen für alle Leistungsnutzenden aufgrund des IBB-Indikatorenrasters begründet und belegt sowie im **Dokumentationssystem der Einrichtung** durch den Betreuungsverlauf (Betreuungsleistung und –häufigkeit) nachgewiesen werden können.
- **Korrigierte Einstufungen** erlangen in der Regel ab 1. Januar des Folgejahres Gültigkeit. Es muss zwingend ein **neues KÜG-Gesuch** eingereicht werden.

↳ **Achtung: Die in der Gesamterhebung ermittelten IBB-Einstufungen haben in der Regel keinen Einfluss auf die Höhe der gesamten Leistungsabgeltung an eine Einrichtung, sondern sind massgebend für den Anteil am anrechenbaren Betreuungsaufwand, der eine Person bzw. dem entsprechend zuständigen Kanton verrechnet werden kann.**

## Monatspauschale

- Die IVSE bestimmt in Art. 24 Abs. 1 den Kalendertag als grundsätzliche Verrechnungseinheit. Gleichzeitig lässt sie aber **bei Anwendung der Methode P** (Pauschale) auch zu, dass von dieser Verrechnungseinheit abgewichen wird.
- Mit der Erarbeitung des neuen Rechnungsmodells empfahl die SODK Ost+ZH zur **Vereinheitlichung der kantonalen Bestimmungen** und als **Vereinfachung des Abrechnungsmodus** die Leistungen mit unveränderten Monatspauschalen abzugelten, unabhängig davon, ob der Abrechnungsmonat nun 28, 29, 30 oder 31 Tage und eine von den übrigen Monaten unterschiedliche Anzahl von Arbeitstagen aufweist.
  - ↳ Berechnung der Monatspauschale im **Leistungsbereich «Wohnen»** auf der Basis von **360 Jahrestagen** (12 Monate x 30 Tage)
  - ↳ Berechnung der Monatspauschale in den **Tagesstrukturen** auf der Basis von **260 Jahrestagen** (52 Wochen x 5 Tage = 21,67 Tage je Monat)

## Normauslastung – maximale Auslastung

- Die **maximale Auslastung (100%)** einer Einrichtung basiert auf dem vom Departement des Innern bewilligten bzw. in der Leistungsvereinbarung festgelegtem Platzangebot sowie den darauf basierenden maximal möglichen Aufenthaltstagen.
- Den Einrichtungen werden vom Kanton St.Gallen und von den anderen Kantonen je vereinbarte Leistung nicht mehr Leistungspauschalen vergütet, als es die maximale Auslastung zulässt.  
**Rückerstattung:** Übersteigen die verrechneten Pauschalen das festgelegte Maximum, sind die daraus resultierenden Staatsbeiträge dem Kanton St.Gallen zurückzuerstatten. Die zurückzuerstattenden Beträge sind in der Jahresrechnung transitorisch abzugrenzen und werden den Einrichtungen vom Kanton St.Gallen im Folgejahr in Rechnung gestellt.
- Die effektive Abgeltung stützt sich auf eine **Normauslastung**. Im Kanton St.Gallen werden in der Regel **98%** der maximalen Auslastung als Normauslastung vorgegeben.

**Beispiel Wohnen in Einrichtung XY:**

60 bewilligte Plätze x 360 Tage

= maximale Auslastung **21'600 Tage**

= 98% Normauslastung **21'168 Tage**

- Wird die Normauslastung ausnahmsweise tiefer als 98% festgelegt, wird auch die maximal finanzierte Auslastung entsprechend reduziert.

**Beispiel:**

Normauslastung = **92%**

maximale Auslastung = **94%**

## Kostenbeteiligung der Leistungsnutzenden



Leistungsbereich **Wohnen:**

Die Nutzerinnen und Nutzer haben sich an den Kosten des Aufenthalts durch Pensionstaxen und allfälligen Hilflosenentschädigungen zu beteiligen.

- ↳ Die **Pensionstaxe** der Leistungsnutzenden dient zur Deckung der Kosten für Verpflegung und Unterkunft, Verwaltungskosten und Aufwendungen der Grundbetreuung (Art. 20 BehG). Sie entspricht **in der Regel der Leistungsabgeltung für die Stufe IBB0**.
- ↳ Die individuelle **Hilflosenentschädigung** (leicht, mittel, schwer) ist den Leistungsnutzenden von den Einrichtungen **nach Anwesenheitstag** in Rechnung zu stellen und werden den Einrichtungen vom Amt für Soziales mit der Ausrichtung der jeweiligen Monatspauschalen pauschaliert verrechnet.

## Kostenbeteiligung der Leistungsnutzenden

- Leistungsbereiche **Tagesstrukturen:**
- Gestützt auf den Grundsatz, dass niemand für seine Arbeitsstelle bezahlen muss, haben sich Nutzende nicht an den Kosten der Betreuung zu beteiligen. Die Kostenbeteiligung der Leistungsnutzenden beschränkt sich gemäss Art. 31 BehV auf die Verpflegungskosten und die Kosten für die Betreuung während der Mittagszeit.
  - ↳ Verpflegungskosten und Betreuungskosten **über Mittag** sind mit dem stationären Wohnangebot abzurechnen, soweit dieses genutzt wird bzw. werden Nutzerinnen und Nutzern, die zuhause leben, in Rechnung gestellt.
  - ↳ In Rechnung gestellte **Betreuungskosten** dürfen den Betrag gemäss Art. 13 der Verordnung über die Vergütung von Krankheits- und Behinderungskosten nicht übersteigen (derzeit höchstens Fr. 40.– pro Tag).
  - ↳ Der Kostenanteil für die **Verpflegung** entspricht den nach Art. 11 Abs. 2 der Verordnung über die Alters- und Hinterlassenenversicherung geltenden Ansätzen für Naturalbezüge (für Mittagessen derzeit höchstens Fr. 10.–).



## Berechnungsgrundlagen

- Die Berechnung der Leistungsabgeltung stützt sich im Wesentlichen auf sechs Berechnungsgrundlagen:
1. **Anrechenbarer Nettoaufwand** (siehe Ziff. 2 Regelungsgrundsätze)
  2. **Aufteilung in Betreuungs- und Objektkosten** (siehe Ziff. 3 IBB)
  3. **Leistungszahlen** (Plätze, Aufenthaltstage, Auslastung, Abwesenheiten)
  4. **Kosten pro IBB-Punkt und Objektkosten pro Tag**  
(Betreuungskosten/Total IBB-Punkte; Objektkosten/Anzahl Tage Normauslastung)
  5. **Kosten pro IBB-Stufe**  
(Kosten pro IBB-Punkt x Punkte pro Stufe + Objektkosten pro Tag)
  6. **Festlegung Pensionstaxe**  
= in der Regel Kosten IBB0 (Objektkosten und Betreuungskosten IBB0)
- **siehe Berechnungsblatt auf der nachfolgenden Folie**



# 4. Leistungsabgeltung

(6 / 8)

## Berechnungsgrundlagen

Berechnungsblatt zur Leistungsvereinbarung 2019 Kanton St.Gallen								Einrichtung: <b>Stiftung XY</b>	Angebot: <b>Stationäres Wohnen</b>
Konten-Gruppe	Bezeichnung	Rechnung 2014	Rechnung 2015	LV 2016	Rechnung 2016	LV 2017	LV 2018	Veränderung 2017 / 2018	
3	Personalaufwand	4'200'000	4'120'000	4'380'000	4'390'000	4'400'000	4'450'200	1.1%	
4	Sachaufwand	650'000	710'000	690'000	715'000	700'000	729'200	4.2%	
5	Umlagen	1'100'000	1'350'000	1'150'000	995'000	1'055'000	1'002'400	-5.0%	
	Taxermässigung Abwesenheit (Fr. 20.-- je Tag)			84'400		83'400	84'400	1.2%	
<b>Total</b>	<b>Aufwand</b>	<b>5'950'000</b>	<b>6'180'000</b>	<b>6'304'400</b>	<b>6'100'000</b>	<b>6'238'400</b>	<b>6'266'200</b>	<b>0.4%</b>	
6	Anrechenbare Erträge	120'000	125'000	122'000	123'000	126'700	124'000	-2.1%	
	<b>Anrechenbarer Nettoaufwand</b>	<b>5'830'000</b>	<b>6'055'000</b>	<b>6'182'400</b>	<b>5'977'000</b>	<b>6'111'700</b>	<b>6'142'200</b>	<b>0.5%</b>	
	Plätze	60	60	60	60	60	62		
	Tage je Jahr	360	360	360	360	360	360		
	100 %-Auslastung	21'600	21'600	21'600	21'600	21'600	22'320		
	Total Tage abgerechnet / Normauslastung bei LV	21'220	21'516	21'100	21'685	21'168	21'874		
	<b>Auslastung</b>	<b>98.2%</b>	<b>99.6%</b>	<b>98%</b>	<b>100.4%</b>	<b>98%</b>	<b>98%</b>		
	Abwesenheit (Prozent / Tage)	20.00%	19.90%	20.00%	19.30%	19.70%	19.30%		
	∅ Pauschale je Tag	274.74	281.42	293.00	275.63	288.72	280.80	-2.7%	
	<b>Pensionstaxe</b>	<b>149.00</b>	<b>149.00</b>	<b>150.00</b>	<b>150.00</b>	<b>150.00</b>	<b>150.00</b>		
	ausserordentliche Pensionstaxe für Personen mit IBB0								
	HE (Annahme)	5.80	6.00	6.00	6.80	6.70	6.80		
	∅ Betriebsbeitrag Kanton je Tag	119.94	126.42	137.00	118.83	132.00	124.00		
	<b>Betriebsbeitrag bei Normauslastung, bzw. definitiv</b>	<b>5'830'000</b>	<b>6'055'000</b>	<b>6'182'400</b>	<b>5'977'000</b>	<b>6'111'700</b>	<b>6'142'200</b>	<b>0.5%</b>	
	(LV: bei unveränderter Verteilung der IBB-Einstufung)								
	<b>Maximaler Betriebsbeitrag (i.d.R. 100 %-Auslastung)</b>			<b>6'328'800</b>		<b>6'338'520.00</b>	<b>6'267'600</b>	<b>-1.1%</b>	
	(LV: bei unveränderter Verteilung der IBB-Einstufung)								
								Frankenbeträge gerundet auf 100	Pauschalen gerundet auf ganze Franken
<b>Anpassungen anrechenbarer Nettoaufwand</b>									
<b>- Kürzungen aufgrund von Höchstansätzen</b>									
						Personalaufwand	Fr.	-	
						Sachaufwand	Fr.	-	
<b>- Veränderungen aufgrund von Anträgen</b>									
	Platzveränderung					Personalaufwand	Fr.	25'000	
						Sachaufwand	Fr.	10'000	
						Erträge	Fr.	-	
<b>- Entwicklung Personalaufwand / Teuerungsanpassungen</b>									
		0.8%				Personalaufwand	Fr.	35'200	
		0.6%				Sachaufwand	Fr.	4'200	
		0.7%				Umlagen	Fr.	7'400	
		0.8%				Erträge	Fr.	1'000	
<b>Berechnung der abgestuften Pauschalen 2018</b>									
<b>Aufteilung gem. Kostenrechnung: <sup>1)</sup></b>									
	Betreuungskosten							63%	4'010'000
	Objektkosten							37%	2'394'600
	<b>TOTAL Kosten</b>								<b>6'404'600</b>
	Anrechenbare Erlöse								127'700
	<b>Anrechenbare Nettokosten</b>								<b>6'276'900</b>
<b>IBB Punkte total (Mengengerüst) <sup>2)</sup></b>									
	<b>Betreuungskosten je Punkt</b>								1'305'000
									3.07
	Anzahl Arbeitstage bei Normauslastung								21'874
	<b>Objektkosten / Erlöse je Tag</b>								103.64
<b>abgestufte Betreuungskosten</b>									
								CHF je Tag	
	IBB 0 Betreuung	15 Punkte							46.09
	IBB 1 Betreuung	30 Punkte							92.18
	IBB 2 Betreuung	50 Punkte							153.64
	IBB 3 Betreuung	70 Punkte							215.10
	IBB 4 Betreuung	85 Punkte							261.19
<b>abgestufte Pauschale</b>									
								CHF je Tag	
	IBB 0 Betreuung und Objektkosten								150.00
	IBB 1 Betreuung und Objektkosten								196.00
	IBB 2 Betreuung und Objektkosten								257.00
	IBB 3 Betreuung und Objektkosten								319.00
	IBB 4 Betreuung und Objektkosten								365.00
	<b>Durchschnittspunktzahl je Tag</b>								59.66
Datum: 17. August 2018									
<input checked="" type="checkbox"/> Entwurf									
<input type="checkbox"/> Definitiv									





## Höchstansätze

- Das Finanzierungsmodell hat u.a. eine **Leistungsorientierung** und **Kostentransparenz** zum Ziel
- Gestützt auf Art. 28 Abs. 2 BehV hat die Regierung für die Leistungsbereiche Wohnen und Beschäftigung/Tagesstätten **Höchstansätze für den Betreuungsaufwand je IBB-Punkt** sowie **Höchstansätze für den Objektaufwand** beschlossen.
- Von der Festlegung nach Betreuungsbedarfsstufen ausgenommen sind die Höchstansätze in der **Tagesstruktur mit Lohn** (Werkstätten). Hier gilt ein Höchstansatz für den gesamten anrechenbaren Nettoaufwand je Tag und Platz, also ohne Aufteilung in Betreuungs- und Objektkosten.
- Investitionszuschläge werden in den Höchstansatz mit eingerechnet.

### Höchstansatz nach Leistungsbereich

- ➔ Wohnen
- ➔ Tagesstruktur ohne Lohn
- ➔ Tagesstruktur mit Lohn

Betreuungskosten	Objektkosten
Fr. 3.60 (je IBB-Pkt.)	Fr. 135.00 (je Aufenthaltstag)
Fr. 3.50 (je IBB-Pkt.)	Fr. 82.00 (je Aufenthaltstag)
	Fr. 114.00 (je Aufenthaltstag)

# 5. Jahresgespräche

---

## Jahresgespräche

---

- Persönlicher Kontakt und Austausch zwischen zuständigen Personen des AfSO mit der **operativen Leitung** der Einrichtung und Vertretern der **Trägerschaft**.
- Die Gespräche finden jährlich im Anschluss an die Auswertung der eingereichten Unterlagen (Jahresbericht, Kostenrechnung, Mehrjahresplanung, Berichterstattung interne Aufsicht usw.) zwischen Ende Juni und Ende August statt.
- Gesprächsinhalte:
  - ↳ **Erfüllung der Leistungsvereinbarung**
  - ↳ **finanzielles Ergebnis** (Finanzergebnis, Kostenrechnung, Schwankungsfonds)
  - ↳ **Berichterstattung interne Aufsicht**
  - ↳ **Situation laufendes Jahr**, Auswertung aktuelle IBB-Gesamterhebung
  - ↳ **Mehrjahres- und Investitionsplanung**
  - ↳ Ausblick auf die **neue Leistungsvereinbarung** (Anträge der Einrichtungen)



## Mehrjahresplanung

➤ Gemäss Art. 13 BehG hat das Departement des Innern periodisch den **quantitativen und qualitativen Bedarf** an stationären Wohnangeboten und Tagesstrukturen zu ermitteln und darauf gestützt die kantonale **Angebotsplanung** zu erstellen, die sich u.a. auch auf Angaben der Einrichtungen und Verbände abstützen muss.

- ↳ Das Gesetz hält in Art. 13 Abs. 3 BehG zudem explizit fest, dass die Einrichtungen bei der Bedarfsermittlung und der Angebotsplanung mitwirken.
- ↳ Diese Mitwirkung wird in der Zusammenarbeitsvereinbarung zwischen dem Branchenverband INSOS SG-AI und dem Amt für Soziales gegenseitig vereinbart.



**Gestützt auf diese Vorgaben und gemäss Vereinbarung mit INSOS SG-AI reichen die Einrichtungen dem Amt für Soziales jährlich bis 31. März eine Mehrjahres- und Investitionsplanung über die in den nächsten 4 Jahren vorgesehenen Entwicklungsschritte ein.**



## Darlehen und Bürgschaften

- Gewährleistung und Bereitstellung = Kanton unterstützt die privaten Trägerschaften in der **Bereitstellung der dafür notwendigen Infrastruktur.**
- Bis 31. Dezember 2012 wurden vom Kanton **Investitionsbeiträge** (nicht rückzahlbar) ausgerichtet. Für diese Beiträge haben die Einrichtungen den ausserkantonalen Nutzerinnen und Nutzern **Investitionszuschläge** zu verrechnen (Annuitätentilgung in Abschreibungsdauer).
- Seit dem 1. Januar 2013 (Vollzugsbeginn BehG) werden keine Investitionsbeiträge sondern **Investitionshilfen** in Form von **Darlehen** oder **Bürgschaften** gewährt. Damit werden die anerkannten Infrastrukturkosten der Einrichtungen bei der Festlegung des erforderlichen Betriebsaufwandes berücksichtigt und sind Teil der Objektkosten (Abschreibungen und Darlehensrückzahlungen). Ab Art. 39ff wird in der BehV festgelegt:
  - ↳ Voraussetzung: Vorhaben mit anrechenbaren Kosten ab 30'000 Franken
  - ↳ Höhe: höchstens 80% der Investitionskosten bei Spezialbauten  
höchstens 50% der Investitionskosten bei übrigen Vorhaben
  - ↳ Laufzeit: Bauvorhaben höchstens 25 Jahre, übrige Vorhaben höchstens 10 Jahre
  - ↳ Verzinsung: (Darlehen) aktueller SWAP-Satz +0,5%-Punkte
  - ↳ Sicherung: (Darlehen) Pfandrecht

## Abschreibungen

- Gemäss **Vorgaben der IVSE** (Ziff. 3.2, IVSE-Richtlinie zur Leistungsabgeltung und zur Kostenrechnung LAKORE) sind die Abschreibungen nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen vorzunehmen.
- Die Abschreibungen sind **linear vom Anschaffungswert** zu berechnen und beginnen mit dem wirtschaftlichen Nutzen des Anlagegutes. Folgende Maximalsätze dürfen nicht überschritten werden (bzw. grössere Abschreibungsaufwände werden im anrechenbaren Aufwand nicht akzeptiert):
  - ↳ Immoblie Sachanlagen max. 4 % (mind. 25 Jahre)
  - ↳ Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge max. 20 % (mind. 5 Jahre)
  - ↳ Informatik- und Kommunikationssysteme max. 33 1/3 % (mind. 3 Jahre)
- Objekte sind ab folgenden Anschaffungswerten zu **aktivieren**:
  - ↳ Immoblie Sachanlagen Fr. 50'000
  - ↳ Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge sowie Informatik- und Kommunikationssysteme Fr. 3'000

## Kontakt

---

➤ Für Fragen wenden Sie sich bitte an:

➤ **Amt für Soziales**

➤ Spisergasse 41

➤ 9001 St.Gallen

➤ 071 / 229 33 18

➤ *Kontaktpersonen:*

- - **Fachliche Aufsicht, Betriebsbewilligung, Leistungsvereinbarung, IBB, Investitionen:**
  - Felix Karrer, 058 / 229 43 50, felix.karrer@sg.ch
  - Urs Thalman, 058 / 229 43 56, urs.thalman@sg.ch
- - **CONNET, Monatsabrechnungen:** Arno Hasler, 058 / 229 33 16, arno.hasler@sg.ch
- - **KÜG, IVSE:** Nicole Hutter, 058 / 229 24 42, nicole.hutter@sg.ch
- - **Controlling, BAB:** Debora Miri, 058 / 229 33 21, debora.miri@sg.ch

